

Wirtschaft

Nationalbank Gegen SNB-Chef Philipp Hildebrand sind Gerüchte über Insidergeschäfte aufgetaucht. Sie werden dementiert. 45

Der Politiker als Grossinvestor

Christoph Blocher - der Profi

Der kühnste Coup des Wirtschaftsjahres 2011 war Blochers Tarnkonstrukt bei der «Basler Zeitung». Hier handelte jemand mit Erfahrung.

Der Wirtschaftsanwalt lächelte kurz und böse über die Lüge. Aber als Profi freute er sich über die Eleganz der Tarnkonstruktion. «Was Herr Blocher in Basel gemacht hat, hatte Klasse», sagte er mit ehrlicher Begeisterung.

Besonders wenn man bedenkt, wie wenig Zeit Christoph Blocher hatte. Als der Tessiner Financier Tito Tettamanti vor einem Jahr bei der «Basler Zeitung» (BaZ) absprang, blieben dem Besitzer Blocher nur wenige Tage, sein Eigentum zu tarnen. Er entwarf einen, wie der Anwalt sagte, «genial eleganten» Vertrag mit Put- und Call-Optionen mit seinem Strohmann Moritz Suter: Dieser konnte die Zeitungsaktien jederzeit der Familie Blocher verkaufen; die Blochers ebenfalls schnell zurückkaufen. So bekam jeder, was er am meisten wollte: Suter ein Maximum an Sicherheit, bei Ärger jederzeit fliehen zu können, Familie Blocher das Maximum an Kontrolle.

Improvisationstalent

Und sie taten noch etwas Cleveres. Der Öffentlichkeit genügte Suter als angeblicher Besitzer; doch den Banken nicht. «Banken sind nicht blöd. Sie wissen, wer Geld hat und wer nicht», grinste der Anwalt: «Suter hatte keins. Damit war es ein Geniestreich, bei den Banken den Ex-UBS-Chef Marcel Ospel vorzuschieben - der war anrühig und solvent. Also als Besitzer sehr glaubhaft.»

Selbst, als das Vehikel platzte - Suter hatte Angst vor den finanziellen Löchern bei der BaZ bekommen und genug vom Blocher-Biografen Markus Somm als Chefredaktor -, war nicht Blocher, sondern dessen Tochter Rahel die Besitzerin. Auf diese Art konnte Blocher behaupten, er habe nicht gelogen, als er sagte, er sei nicht an der BaZ beteiligt.

«Nun, das war etwas plump. Aber Herr Blocher hat sehr schnell geschaltet und Financier Tito Tettamanti wieder installiert», lächelte der Anwalt. «Die BaZ-Konstruktion zeigt juristische Eleganz, Kaltblütigkeit, Schnelligkeit und Improvisationstalent - sie ist das Werk eines echten Profis.»

Der wahre Sohn

Christoph Blocher ist als Politiker so unübersehbar, dass man vergisst, dass er auch berühmt wäre, wenn er nie einen Satz zur Politik gesagt hätte: Als Pionier veränderte er die Wirtschaft der Schweiz für immer. Mit Überraschungsangriffen, Belagerungen, Monsterlöhnen und exotischen Finanzinstrumenten.

Schon sein erster Auftritt auf der Bühne war ein Coup, wie man ihn so noch nie zuvor gesehen hatte. Blocher, der mausarme Pfarrerssohn, begann seine Karriere als Milliardär mit Nachhilfestunden - für den Sohn des Ems-Chemie-Besitzers Werner Oswald. Schon nach kurzer Zeit ging er in der Fabrikantenvilla ein und aus - und bald zog ihn der cholerische Konzernchef den eigenen Kindern vor. Blocher machte eine Blitzkarriere. Und als der alte Oswald mitten im Verhandeln in einem Sitzungszimmer der Bank Leu starb, wurde Blocher Chef der Ems-Chemie.

Die Botschaften, die er der Familie ausrichtete, waren düster. Die Konkurrenz hätte aufgeholt, die Ems sei fast illiquid. Blocher strich die Dividende. Und riet zum Verkauf, solange man für die Fabrik noch etwas bekomme. Blocher verhandelte selber. Schliesslich hatte er einen geheimen Käufer. Blocher riet den zwei nervösesten Söhnen der fünf Oswald-Kinder, alle Aktionäre zu überzeugen. Schliesslich, im Mai 1983, verkaufte die Familie den Konzern für 20 Millionen Franken an den unbekanntesten Interessenten.

Dieser Unbekannte war der gleiche Mann, der zuvor die düsteren Zahlen

verkündet und über den Kaufpreis verhandelt hatte: Christoph Blocher selbst, der mit einem Bankkredit von 20 Millionen Franken eine Firma zukaufte, deren inneren Wert Experten auf 80 Millionen schätzten.

Ab da lief die Fabrik hervorragend. Schon nach drei Jahren hatte Blocher den ganzen Kredit zurückgezahlt. Er war ein freier Mann, ein Fabrikant und reich: In der Ems-Kasse lagerten 500 Millionen Franken.

Ein Freund. Und noch einer.

Fast gleichzeitig versuchte ein Studienfreund Blochers in Zürich denselben Coup in einer anderen Familienfirma: der Bank Vontobel. Martin Ebner galt als cleverster Banker im Haus und sah nicht ein, warum statt ihm der Sohn des Patrons Chef war. Er ging zum alten Vonto-

bel und sagte: er oder ich. Der Patron antwortete: «Du willst meinen Sohn aus der Firma drängen? Ich weiss etwas viel Besseres. Nicht er, du wirst uns verlassen.»

Ebners Lieblingszitat stammte von Victor Hugo: «Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.» Tatsächlich bestand die Wucht seiner Karriere weniger aus den gewonnenen und verlorenen Milliarden, sondern aus einem Import von Ideen. Ebner importierte die Revolutionen der US-Finanzbranche auf den Bankenplatz Schweiz.

Nach dem Rauswurf bei Vontobel gründete Ebner 1985 die BZ Bank. Ihr erster und intimster Kunde, die Ems-Chemie, gehörte nun plötzlich zur finanztechnischen Avantgarde: Jahr für Jahr lieferte sie sich mit der Steuerverwaltung ein neues Duell. Meistens mit

Erfolg. Denn fast jedes Jahr zauberte die Ems ein neues Finanzinstrument hervor, um ihre Gewinne steuerfrei an die Besitzer abzuführen: von Gratisoptionen über Partizipationsscheine bis hin zu Cash- oder Titel-Optionen.

Von allen, die seinen Weg kreuzten, war Martin Ebner der Einzige, bei dem Blocher die Rolle der Nummer 2 akzeptierte. Er blieb lange in dessen Windschatten. Ihre enge Freundschaft und ein gemeinsames Jagdgut in Deutschland blieben über Jahre geheim. Nicht zuletzt, weil die BZ Bank kühne Dinge unternahm. Etwa 1988 den Versuch einer Überraschungsbüroübernahme der fast 100-mal grösseren Bank Leu unter dem Vorwand einer Fusion. Beinahe hätte es geklappt: Denn bei Leu war Ebners Studienfreund und späterer Kompagnon Kurt Schildknecht Präsident.

Doch der Deal platzte, als die Presse ein Bündnis der BZ Bank mit der Zürich-Ver-sicherung aufdeckte.

Der Angriff scheiterte - aber höchst lukrativ. 1990 wurde die Bank Leu von der Credit Suisse aufgekauft. Ebner verlangte für seine (und auch Blochers) Leu-Aktien einen enormen Paketzuschlag. Anderenfalls würde er, als neuer Grossaktionär, der CS das Leben zur Hölle machen. Die CS zahlte. «So nah an der legalen Erpressung hat in der Schweiz noch nie jemand operiert», schrieb die «Business Week».

Die Finanzrevolution

Nicht umsonst traf Ebner auch in seinen besten Zeiten kaum je Leute aus dem Wirtschaftsestablishment. Die BZ Bank war die Bank der Pensionskassenverwalter. Diese bekamen reichen Lohn: für das Ego in Form von Aufmerksamkeit, und für das Konto angeblich auch in Form von todsicheren Börsentipps. Und für ihr Herz bekamen sie Rache.

Ebners aus den USA importiertes Geschäftsmodell war, enorme Summen in sehr wenige grosse, aber träge Konzerne zu investieren. Erstens stieg der Wert

des Pakets dann automatisch dank weiterer Zukäufe. Und zweitens konnte man als Grossaktionär das Management unter Druck setzen, den Aktienkurs weiter zu steigern: durch Verkäufe, Fusionen, Stellenabbau, Auflösung von Reserven, Rückkauf eigener Aktien etc.

Diese Sorte Investment war - wie es Ebner einmal nannte - eine «Revolution der Eigentümer». Begonnen hatte sie in den USA. Dort hatten gigantische Pensionskassen, prall gefüllt mit dem Spargeld der goldenen Nachkriegsjahre, ihre Machtlosigkeit satt. Und die Arroganz der trägen, friedlichen Mischkonzerne mit dahindümpelnden Kursen und Renditen.

Anfangs versuchten sie es mit Gesprächen. Dann mit Listen - wie den «100 unfähigsten Managern». Schliesslich wurde angegriffen: Ende der 70er-Jahre tauchten Raider wie aus dem Nichts auf. Bewaffnet mit gigantischen Krediten gingen sie an, Konzerne aufzukaufen. Sobald sie die Mehrheit hatten, plünderten sie die Reserven der Firmen, zahlten damit ihre Kredite zurück, schlossen oder verkauften alle weniger rentablen Teile und fusionierten die hoch rentablen.

Mit ihren Riesengewinnen (Kurt Schildknecht rechnete einmal aus, dass die Raider in den USA von 1976 bis 1990 400 Milliarden Dollar machten) bewiesen die Firmenzerrümmierer, wie viel Geld in den Konzernen brachlag. Dadurch wurden sie zu den Helden der grauen Pensionskassenverwalter im Kampf gegen das verhasste Old-Boys-Establishment. Und Ebner war ihr erfolgreicher Kopist in der Schweiz. Und mit ihm sein engster Verbündeter, Blocher, von dem die NZZ schon 1987 schrieb, seine Ems-Chemie gleiche durch Aktien-spekulation im grossen Stil weniger einer Fabrik als «einer Art Investmentfonds».

Ebner, als «aktiver Aktionär» nach amerikanischem Vorbild, setzte in den 90er-Jahren reihenweise die grössten Konzerne der Schweiz unter Druck. Von Sandoz bis Roche, von Credit Suisse bis ABB, von Rieter bis Winterthur. Kaum

Foto: Arno Balzarini (Keystone)

Wirtschaft

Der Politiker als Grossinvestor

Fortsetzung von Seite 43

Christoph Blocher - der Profi

hatte er ein Paket, verlangte er, die Aktionärsrendite zu steigern.

Die Schlacht um die SBG

Aber keine Schlacht war so intensiv, so brutal, so sensationell und so schmutzig wie der Kampf um die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG). Wieder hatte Ebner einen Verbündeten im Innern: Christoph Blocher sass im Verwaltungsrat. (Bis er 1992 dort gefeuert wurde.) Ebner hatte enorme Mengen an Aktien gekauft und fing an, Forderungen zu stellen: Verschlingung des Managements und des Verwaltungsrates, Abstossen des unrentablen Kleinkundengeschäfts, 15 Prozent Eigenkapitalrendite, mehr Transparenz und Aktionärsdemokratie.

Das Management wehrte sich. Nach einem Gespräch mit Blocher und Ebner änderte der damalige SBG-Präsident Nikolaus Senn in Panik die Stimmrechtsregeln zuungunsten Ebners. Ein Krieg entbrannte, mit polemischen Inseraten, jahrelangen Klagen und Gegenklagen, Verdächtigungen, Drohungen, Show-Downs an Generalversammlungen und einer entsetzten NZZ, die schrieb, der Schweizer Finanzplatz drohe «zu einer namenlosen Grenzstadt im Wilden Westen zu verkommen».

Der Krieg tobte über Jahre und endete mit einem für die Bank tödlichen Sieg der SBG: Erschöpft, demoralisiert, ohne Zukunftsstrategie wurde sie 1997 fast widerstandslos vom Bankverein geschluckt. Die Kurssteigerung bei der Fusion zur heutigen UBS machte die Verlierer wieder zu Siegern: Die Angreifer in der BZ-Bank verdienten beim Abstossen ihrer Aktienpakete Unsummen.

1 Million pro Sitzung

Die Vehikel, um seine Kriege zu führen, nannte Ebner Visionen. Im Prinzip waren das börsenkotierte Firmen, deren Hauptinhalt aus einem Milliardendepot von Aktien einiger weniger Firmen bestand. Durch seinen Ruf als Magier des Geldes gelang Ebner ein kleines Wunder: Die Visionen waren bald weit mehr wert, als die Aktien, die die Vehikel verwalteten.

In diesen Visionen wurden zum ersten Mal in der Schweizer Geschichte gigantische Boni gezahlt. Der Trick dabei hiess Leistungslohn: Das Management profitierte erst bei einer Kurssteigerung von 6 Prozent. Dann aber kassierten die Manager enorme Summen. Dafür bekamen die Chefs in mageren Jahren nichts. Das bedeutete: Sobald die Börse auch nur ein einziges Jahr brummte, stieg das Gehalt ins Fantastische. Christoph Blocher, VR-Präsident der Pharma Vision, die im Prinzip nur ein riesiges Depot an Roche-Aktien verwaltete – also fast gar nichts tat – verdiente von 1991 bis 1996 gut 67 Millionen Franken. Weit mehr als 1 Million pro Sitzung.

Und das war nicht bescheiden: Insgesamt, so rechneten Buchhalter aus, pressten die Ebner-Leute in 10 Jahren durch ein komplexes Hin-und-her-Managen knapp 3 Milliarden Franken aus den eigentlich simplen Anlagevehikeln. Und das bei – wie sich später zeigte – auf lange Sicht eher unterdurchschnittlicher Performance.

Nur einer sprang ab: Christoph Blocher ging mitten in der Party: 1996. Er ging, als auch die ersten Pensionskassen Ebner verliessen. Ebners Problem war gerade sein Erfolg: Aufgeschreckt durch die Angriffe, hatten nun fast alle Konzerne grosse Entlassungsrunden durchgezogen. Unterbewertete Firmen

waren kaum noch zu finden. Dafür viele Kopisten der BZ-Strategie. Um die einbrechende Rendite zu halten, engagierte sich Ebner bei immer mehr Konzernen. Blocher sagte später, er sei gegangen, weil ihm die Sache «zu gross» und unübersichtlich geworden sei.

Ebner ersetzte die Grossinvestoren durch kleine Leute. Er tingelte durch das Land, als Held der Aktionäre, geisselte Trägheit und Gier des Establishments verlangte die Halbierung der Steuern und propagierte «die sicherste Anlagemethode: Aktiensparen.» Zehntausende investierten begeistert.

Das Ende der Alusuisse

1997 wurde beim Traditionsunternehmen Alusuisse ein ehrgeiziger Wirtschaftsjurist Chef. Sergio Marchionne sagte: «Ich werde alles unternehmen, um den Shareholder-Value zu steigern.» Das lockte Martin Ebner an: Er stieg 1998 mit 11 Prozent ein. Und auch sein Freund Christoph Blocher outete sich mit 5,6 Prozent. Danach kauften beide weiter. Monate später folgte der Putsch. Blocher und Ebner sassen als Präsident und Vize im Verwaltungsrat. Sie beteuerten, Alusuisse sei «ein langfristiges Investment» und Ebner zeigte sich mit Dächli-keppie bei den Arbeitern.

Die Alusuisse lief zuvor glänzend: mit einer Rendite von 20 Prozent. Die Gruppe hatte allerdings ein ernstes Problem: Dank billigem Strom überschwemmten die Russen die Märkte mit riesigen Mengen Rohaluminium. Es drohte ein enormer Preiszerfall.

Die Lösung von Blocher, Ebner und Marchionne war: Sie teilten die Firma in die Chemiesparte Lonza und die Aluminiumverarbeiterin Alusuisse. Und verschoben 1,7 Milliarden Franken Vermögen, dazu Grundstücke und den Firmensitz in die Lonza. Bei der Alusuisse leerten sie die Kasse: durch eine riesige Sonderdividende für die Aktionäre. Dann verkauften sie die Trümmer, die von dem einst stolzen Konzern noch übrig waren, nach Kanada.

Ihre Herrschaft dauerte 18 Monate.

Bei der Alusuisse leerten Blocher, Ebner und Marchionne die Kasse und verkauften dann die Trümmer.

Analysten berechneten, dass Ebner mindestens 404 Millionen Franken verdiente, Blocher 89 Millionen. Der Firmenhistoriker Adrian Knöpfli schrieb: «Ihre Amtsdauern waren die kürzesten in der Alusuisse-Geschichte, aber in dieser kurzen Zeit bewirkten sie das Ende der 112-jährigen Geschichte eines grossen Schweizer Industriekonzerns.»

Klumpenrisiko

Martin Ebner erwischte es 2001 und 2002 in der Börsenkrise nach dem Dot-Com-Crash. Am Fernsehen gab er nur eine kurze Erklärung ab: «Ich habe zu wenig diversifiziert.» Das war elegant gesagt, denn Ebners zentrale Strategie bestand genau darin, gigantische Klumpenrisiken aufzubauen: um Kurse und Management dirigieren zu können. Und dann hatte Ebner zu Beginn der Krise ohne Rücksicht gekauft: in der Hoffnung, bei einer baldigen Erholung das Geschäft seines Lebens zu machen. So hatte der Mann, dessen Privatvermögen ein Jahr zuvor noch auf 5 Milliarden Franken geschätzt worden war, auf dem Höhepunkt der Krise plötzlich 6 Milliarden Franken Schulden. Die Banken stürzten sich auf ihn. Sie entfernten alles aus der BZ Bank, was nicht Interieur war. Still blieben nur die Zehntausenden Privatanleger. Sie, die begeistert die «Revolution der Eigentümer» und das «Recht auf Rendite» gefeiert hatten, schwiegen. Wie früher beim Kings Club endete ihre Begeisterung nicht in Wut, sondern in Scham.

Ebner selbst rappelte sich 2004 wieder auf. Er hatte, wie er sagte, «frisches Kapital» eines anonymen Investors erhalten. Später las man den Namen: Christoph Blocher. Er investierte um die 200 Millionen in seinen Freund und Geheimnisträger. Damals war er, mit einem Überraschungscoup nach der Wahl 2003, gerade Bundesrat geworden. Justizminister. Um berühmt (oder gefürchtet) zu werden, hätte er all das nicht gebraucht.

Produktion von Schmolz + Bickenbach in Emmenbrücke. Foto: Zvonimir Pisonic (Z-Photo)

VR-Präsident zweigt 1,5 Millionen Euro bei Stahlkonzern ab

Schmolz + Bickenbach sieht von einer Anzeige ab, da der Fehlbare das Geld zurückzahlen will.

Von Andreas Möckli

Eklat beim Stahlkonzern Schmolz + Bickenbach: Verwaltungsratspräsident Michael Storm tritt per sofort zurück, da er rund 1,5 Millionen Euro abzweigte. Storm habe dem Unternehmen Personal- und Sachkosten belastet, die aus «einer regelwidrigen Abgrenzung von privat und betrieblich veranlassten Aufwendungen» entstanden seien, teilt Schmolz + Bickenbach mit. Nähere Details wolle das Unternehmen derzeit nicht bekannt geben, sagt der operative Chef Marcel Imhof. Der Verwaltungsrat habe eine umgehende Prüfung durch eine auf diesem Gebiet spezialisierte Firma in Auftrag gegeben.

Da Storm schriftlich zugesichert habe, den Fehlbetrag zurückzahlen, verzichtet Schmolz + Bickenbach auf eine Strafanzeige. Ob die Staatsanwaltschaft von sich aus aktiv wird, werde derzeit geprüft, sagt ein Sprecher.

Der Griff in die Kasse von Schmolz + Bickenbach weckt Erinnerungen an den Fall Arbonia Forster. Der langjährige Patron und Grossaktionär Edgar Oehler hatte es versäumt, Privates und Geschäftliches sauber zu trennen. Er und seine Familie sollen jahrelang Leistungen auf Kosten der Holding bezogen haben. Dazu gehörten First-Class-Ferienflüge oder der Ausbau von Oehlers Attikawohnung am Bodensee.

«Keine kriminelle Energie»

Bei Schmolz + Bickenbach wird nun der bisherige Vizepräsident, Hans-Peter Zehnder, den Verwaltungsrat anführen. Die in Auftrag gegebene Untersuchung soll nicht nur den genauen Betrag zutage fördern, den Storm veruntreut hat. Sie soll auch ans Licht bringen, wie es möglich war, dass während Jahren unbenutzt Geld abgezweigt werden konnte. Kriminelle Energie hinter dem Verhalten Storms vermutet Imhof jedoch nicht. Es seien keine Gelder systematisch abgezweigt worden. Seit wann es zu Storms Verfehlungen kam, soll ebenfalls die externe Prüfung zeigen. Untersucht wird der Zeitraum seit Storms Amtsantritt im Jahr 2006. Damals fusionierte Schmolz + Bickenbach mit Swiss Steel, einem Zusammenschluss aus Von Moos Stahl und Von Roll Stahl.

Nach einem solchen Fall stellt sich sofort die Frage nach der Einhaltung interner Regeln und Richtlinien (Compliance) sowie nach der guten Unternehmensführung (Corporate Governance). Zum letzten Punkt äussert sich Gregor Greber bereits seit einiger Zeit kritisch. Grebers Firma Z Capital untersucht mit



Michael Storm.

ausgewählten Kriterien die Corporate Governance der 130 grössten Nebenwerte, die an der Schweizer Börse kotiert sind. Schmolz + Bickenbach landete im diesjährigen Rating auf dem 116. Platz.

Grebers Liste mit Kritik zuhanden des Stahlkonzerns ist lang. Zwar könne es jeder Firma passieren, dass Gelder veruntreut würden. Jedoch seien Unternehmen mit einer Machtkonzentration anfälliger auf Verfehlungen. Dies zeigten etwa Fälle mit einem mächtigen Grossaktionär wie Sonova oder eben Arbonia Forster.

Grossaktionär hat die Macht

Beim Stahlkonzern ist der Grossaktionär eine Gesellschaft, die sich im Besitz der Nachfahren der Gründerfamilien Schmolz und Bickenbach befindet. Bisher waren sie durch Präsident Storm als Vertreter der vierten Generation der Familie Schmolz sowie durch zwei weitere Mitglieder im Verwaltungsrat vertreten. Zudem ist die dreiköpfige Geschäftsleitung mit Konzernchef Benedikt Niemeyer und Finanzchef Axel Euchner durch zwei langjährige Weggefährten Storms besetzt. Beide sind für die Gesellschaft der Grossaktionärin tätig und werden von dieser separat entschädigt. Über die Höhe des Lohns schweigt sich der Geschäftsbericht von Schmolz + Bickenbach aus.

Greber kritisiert zudem die ungenügenden Informationen zuhanden des Verwaltungsrats. Ein monatliches, umfassendes Informationspaket an alle Verwaltungsräte gebe es nicht. Ein direktes Reporting sei gemäss Geschäftsbericht jeweils nur anlässlich der fünf VR-Sitzungen vorgesehen. Schliesslich tadelt Greber auch die Lohnpolitik. Die Vergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung betrug 2010 hohe 38 Prozent des ausgewiesenen Reingewinns. Strom alleine verdiente als nicht-exekutiver VR-Präsident im vergangenen Jahr 1,23 Millionen Franken.

Greber weist noch auf einen weiteren pikanten Punkt hin. Storm verfüge wie alle Zeichnungsberechtigten über eine Kollektivunterschrift. Jemand aus Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung habe jeweils gegenzeichnen müssen. Die angelaufene Untersuchung wird zeigen, ob noch weitere Verfehlungen ans Licht kommen.

Börse

SMI 5894 Punkte	+0.97%
Dow Jones Industrial 12294 Punkte	+1.02%
Stoxx Europe 50 2343 Punkte	+0.93%
Euro in Franken	1.22 +0.07%
Dollar in Franken	0.94 +0.15%
Euro in Dollar	1.30 -0.08%
Rendite Bundesobligationen, in %	0.72 -1 Bp
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	108.00 -0.14%
Gold (Unze) in Dollar	1608.50 +0.03%

Transaktionen Hildebrands waren rechtens

Die Notenbank muss ihren Chef im Eiltempo von einem hässlichen Gerücht befreien.

Von Rita Flubacher

Feinde hatte Philipp Hildebrand genügend: Monatlang stand der Präsident der Nationalbank im Visier jener, die unter dem hohen Frankenkurs ächzten und der Nationalbank (SNB) unverantwortliche Untätigkeit vorwarfen.

Für Hildebrand wäre auch die Gelegenheit stets da, sein immenses Insiderwissen für eigene Zwecke zu nutzen. Illegal natürlich. Genau in diese Richtung zielt das Gerücht, das dem Nationalbank-Verantwortlichen laut eigenen Angaben am 15. Dezember zu Ohren kam, just an jenem Tag, an dem die SNB in Bern zu einer der regelmässigen Medienkonferenzen eingeladen hatte. Das Gerücht: Hildebrand habe in Zusammenhang mit der Festsetzung des Franken-Euro-Mindestkurses am 6. September 2011 unzulässige Geschäfte getätigt. Wer die Quelle des Gerüchts ist, wollte die Nationalbank gestern Abend nicht beantworten. Bis gestern kursierten weder in den nationalen noch internationalen Medien derartige Spekulationen.

Nach Darstellung der SNB hat Hildebrand sofort den Bankrat informiert und seine privaten Finanzen offengelegt. In nur sechs Tagen überprüften die SNB-Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers (PWC) und Kurt Grüter, Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle, sowie dessen Stellvertreter «sämtliche Banktransaktionen» Hildebrands und seiner Familie in diesem Jahr. Das Tempo deutet auf die Schwere der Vorwürfe hin.

Als «besonders prüfenswert» blieben

Dollar



TA-Grafik mt / Quelle: Thomson Datastream

im Fahndungsnetz schliesslich der Kauf von Dollar in unbekannter Höhe durch Hildebrands Frau hängen, eine Amerikanerin, sowie «ein kleiner Betrag» für das Konto der gemeinsamen Tochter, beides am 15. August. Wie der Kurs-Chart zeigt, wäre ein Erwerb wenige Tage vorher günstiger gewesen, genauso wie ein Kauf nach dem 6. September deutlich teurer geworden wäre. Hildebrand meldete die Käufe der Devisen wenige Tage später der bankinternen Aufsichtsstelle. Im gleichen Monat reiste er in offizieller Mission in die USA nach Jackson Hole, wo jedes Jahr das Notenbankertreffen stattfindet.

Die internen und externen Kontrolleure kamen auf jeden Fall zum Schluss, dass diese Transaktionen nicht gegen das Reglement über Eigengeschäfte der Direktionsmitglieder verstiesen.

Auffällig ist, dass PWC auch ein Immobiliengeschäft der Familie Hildebrand anschaute: Laut SNB geht es um den Verkauf eines Hauses und den Ersatzkauf einer Wohnung in diesem Jahr. Auch hier fanden die Prüfer keinen Hinweis auf unzulässige Transaktionen.